



PRESSEMITTEILUNG

LSAP begrüßt Regierungsbeschluss, das kommunale Vermummungsverbot rechtlich abzusichern

Die Parteileitung der LSAP hat sich in ihrer gestrigen Sitzung u.a. mit dem Thema Pflegeversicherung und dem sogenannten Vermummungsverbot befasst.

Sozialminister Romain Schneider ging auf Einladung der Parteileitung auf die Grundzüge der geplanten Reform im Pflegebereich ein, die darauf abzielt, pflegebedürftigen Menschen auch weiterhin hochwertige Dienstleistungen anzubieten und die Finanzierung der Pflegeversicherung langfristig abzusichern. Insbesondere das Abrücken vom Leistungstakt und der Übergang in ein Stufenmodell soll die Pflegeleistung besser auf die Bedürfnisse der Menschen abstimmen. Nach intensivem Meinungsaustausch mit sämtlichen Partnern wird der entsprechende Gesetzesentwurf dem Regierungsrat Anfang 2016 vorgelegt werden.

In Zusammenhang mit der Debatte um das Vermummungsverbot im öffentlichen Raum begrüßt die LSAP den Beschluss der Regierung, neben den Gesetzesvorschlägen der Opposition, eine eigene Gesetzesvorlage im Parlament einzubringen. Diese neue Gesetzesinitiative der Koalition zielt u.a. darauf ab, das kommunale Vermummungsverbot rechtlich abzusichern und zu vereinheitlichen. In Zukunft sollen Polizei und/oder Gemeindebedienstete (sogenannte „agents municipaux“) über die Einhaltung der kommunalen Polizeibestimmungen wachen. Die Ahndung von Verstößen gegen die öffentliche Ordnung wird laut Regierungsvorhaben künftig über Ordnungsgelder („amendes administratives“) erfolgen und nicht wie bis dato durch ein langwieriges und aufwändiges Verfahren von polizeilicher Strafverfolgung und Gerichtsurteilen.

Im Endeffekt soll der Gesetzesvorschlag der Regierung zu mehr Effizienz bei der Prävention und Verfolgung von Verstößen gegen Polizeireglemente auf Gemeindeebene führen. Damit wird der LSAP-Forderung Rechnung getragen, einen wirksamen gesetzlichen Rahmen zur Ahndung von Verstößen gegen die öffentliche Ordnung zu schaffen. Diese Maßnahme soll dazu beitragen, das Zusammenleben auf Gemeindeebene so zu regeln, dass Integration gefördert und geltende Regeln eingehalten werden. „Verstöße gegen die öffentliche Ordnung, die nicht geahndet werden, untergraben den gesellschaftlichen Zusammenhalt“, befindet LSAP-Präsident Claude Haagen, der für eine einheitliche flächendeckende Regelung in Sachen Vermummungsverbot plädiert.

Mitgeteilt am 26.11.2015